Pressespiegel 1999/2000

„Es ist eine Schande ...“

*Gegen die Verhaiderung des Landes und in uns selbst. – Die Rede, die der Sozialforscher **Bernd Marin** für die Kundgebung gegen Rassismus am 12. November geschrieben hat, aus gesundheitlichen Gründen aber nicht halten konnte.*

Plädoyer für eine demokratische Erneuerung der Zweiten Republik: Bernd Marin. *Foto: Hendrich*

KOMMENTAR DER ANDEREN

Schwarz & rot: Elend & Not“, so plakatierten die Nazis als sie noch legal und demokratisch gewählt waren in Österreich, bevor sie zu einer gefährlichen Größe wurden plakatierten sie „500.000 Arbeitslose, 400.000 Juden. die Lösung ist einfach.“

Die Nazis, die in Österreich niemals 1,3 Millionen, sondern bundesweit nur 111.000 (1930: 3 Prozent), und regional nur 344.000 Wähler hatten (1932: Wien, Niederösterreich, Salzburg, Vorarlberg: 16 Prozent = 11 bis 29 Prozent), weil sie mehr Wähler gar nicht brauchten, und schließlich Wähler gar nicht mehr brauchten, die Nazis haben ihre einfache Lösung, die „Endlösung“ einfach exekutiert, und niemand, niemand aus der übergroßen Zahl derer, die sie nie gewählt hätten, wenn sie noch wählen hätten können, und die nie, nie dabei waren, als so viele dabei waren, die nachher nicht dabei gewesen sein wollten auf all den Plätzen, wo jeder Jubelostmärkler ein kleiner Held sein konnte; niemand, auf den gehört wurde, widersprach dem propagierten Schwachsinn und der organisierten Gemeinheit, denn die Lösung schien einfach: „500.000 Arbeitslose. 400.000 Juden“, so sagten sie und wurden in einem Jahrzehnt aus nichts ein mächtiger Mob und über 680.000 Parteigenossen.

Die „gut situierte Verwahrlosung“ ...

Eine legale, demokratisch gewählte, im österreichischen Parlament seither mit 1,3 Millionen Wählern als zweitstärkste vertretene Partei, die bei Klagsdrohung nicht eine „national-Bindestrich-sozialistische“ genannt werden will, deren Führer Milliarden-Erben aus Arisierungsgewinnen aus ehemals jüdischem Vermögen sind, propagierte am 1. Mai 1996 „300.000 Arbeitslose, 300.000 Ausländer“.

Die einfache Lösung einer „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ in der „Dritten Republik“ braucht gar nicht mehr vorbuchstabiert zu werden. „Rot-schwarz“ wie die so genannten „Altparteien“ jetzt erneut heißen, haben sich keineswegs aus Schwäche für die Schwächsten, sondern aus Schwäche für uns Stärkeren, die wir Schwächere brauchen als Dienstboten aller Art oder als so genannte Fremde, dazu doch nicht treiben lassen. Aber niemand, fast niemand, jedenfalls niemand, der zählt, hat aufgeschrien: Es ist eine Schande, Schwachsinn, Gemeinheit, so kann es nicht weiter gehen, jetzt sind wir gefordert, Schluss mit der Verhaiderung unseres Landes ...!

Das heißt auch, Schluss mit der Verhaiderung in uns selbst, Schluss mit unserem Sozialdarwinismus als Erfolgsmenschen, Schluss mit dem, was Karl-Markus Gauß so treffend als „gut situierte Verwahrlosung, hochanständige Bestialität, ökonomischen Rassismus“ analysiert hat.

Schluss mit unserer Mittelklassen-Selbstbedienungsmentalität an diesem Sozialstaat, wo die Behebung aller Armut aller Armen weniger kosten würde als nur die Wohnbauförderung oder die Gratis-Uni für uns Wohlstandsbürger.

Schluss mit dem Selbstmitleid von uns Mittelständlern und Kleinbürgern und unsere Solidarität ausschließlich mit anderen Mittelständlern gleicher Schuh- und Kragengröße, gleicher Nasenlänge und Couleur, gleichen Standes und gleicher Weinvorlieben, Solidarität nur innerhalb lokaler, bündischer und anderer Stammesgrenzen.

... muss endlich ein Ende haben

Schluss mit der spießigen Bündelei in Clans und Cliquen, Interessenverbänden und organisierten Banden, Vorfeldorganisationen und unter Vereinsbrüdern.

Schluss mit unserem Standesdünkel, unserer Verständnislosigkeit und Intoleranz gegenüber den ängstlichen Verlierern und Schluss mit unserer komplizenhaften, unverzeihlichen Toleranz für die dünkelhaften Gewinner und Verhetzer.

Schluss mit den „verkehrten“ Umverteilungen „von unten nach oben“ von sozial Schwachen zu uns Durchsetzungsfähigeren, von den Bedürftigen zu den Begüterten bei Pensionen, im Wohnbau, bei den höheren (und Hoch-) Schulen, bei den flachen Steuern und Abgaben und bei der Vermögensbildung.

Schluss mit der politischen Ausgrenzung und dauerhaften Entrechtung ausländischer Mitbürger bei Betriebsrats- und Gemeindewahlen.

Schuss mit der Aussperrung ausländischer Wohnbürger aus den von ihnen kräftig mitfinanzierten und für ihre Eingemeindung so wichtigen Gemeindebauten.

Schluss mit den Diskriminierungen langjähriger Wohn- und Steuerbürger bei Beschäftigung, Wohnungsbeihilfen, Familienbeihilfen, Sozialhilfe, Verbrechensopferentschädigung, Invalideneinstellung – oder gar Kinderschecks nur für Inländerinnen.

Es geht um politisch-kulturelle Teilhabe: Gehört unser Land nur ein paar Siegern, so genannten „Tüchtigen“, Besitzenden, einer handvoll Platzhirschen in Wirtschaft und Politik, Sport und Unterhaltungsgeschäft und ihren Anhängseln und Anhängern, oder gehört es uns allen, allen Bürgerinnen und Bürgern? Es ist unser Land, unsere Republik: Nehmen wir sie in Besitz und suchen wir nach Lösungen unserer Probleme sozialen Zusammenhalts in Freiheit und Menschenwürde.

Einfache Lösungen gibt es nicht, aber wir werden das Nötige offensiv und gemeinsam möglich machen. Heute, am Gründungstag der Ersten Republik wollen wir beginnen, die Zweite Republik so demokratisch zu erneuern, dass andere, Dritte Reiche, nie mehr möglich werden.

***Bernd Marin** ist Direktor des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien.*